

Stand: 07.02.2026 19:12:22

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/19313

"Auf ein Anwendungsverbot antisemitischer kuwaitischer Gesetze auf europäischen Flughäfen hinwirken"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/19313 vom 30.11.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/20732 des BU vom 08.02.2018
3. Beschluss des Plenums 17/20863 vom 22.02.2018
4. Plenarprotokoll Nr. 124 vom 22.02.2018



Antrag

der Abgeordneten **Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz, Dr. Christoph Rabenstein, Florian Ritter, Horst Arnold, Franz Schindler, Alexandra Hiersemann SPD**

Auf ein Anwendungsverbot antisemitischer kuwaitischer Gesetze auf europäischen Flughäfen hinwirken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag verurteilt den Umgang von Kuwait Airways mit israelischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern auf das Schärfste. Antisemitische oder anderweitig diskriminierende Gesetze verstößen gegen das Diskriminierungsverbot, das in Art. 3 des Grundgesetzes (GG) und in Art. 21 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GRC) eindeutig festgelegt ist. Unabhängig von ihrem nationalen Bestand dürfen derartige Gesetze auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland und darüber hinaus in der Europäischen Union keine Wirkung entfalten.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass schnellstmöglich entsprechende Maßnahmen ergriffen werden, um diesem Grundrecht auch im Flugverkehr Geltung zu verschaffen, nötigenfalls durch Entzug von Start- und Landerechten.

Ferner fordert der Landtag die Staatsregierung auf, zusammen mit den anderen Anteilseignern bayerischer Flughäfen gegenüber Kuwait Airways diese Haltung unmissverständlich zum Ausdruck zu bringen und nötigenfalls rechtliche Schritte gegen diskriminierendes Geschäftsgebaren einzuleiten.

Begründung:

Die jüngst bekannt gewordene Weigerung von Kuwait Airways, unter Berufung auf ein kuwaitisches Gesetz einen Passagier mit israelischer Staatsbürgerschaft von Frankfurt aus zu befördern, weist über den aktuellen Fall hinaus. Ein solches Geschäftsgebaren steht generell im Widerspruch zu geltenden Grundrechten in der EU und in der Bundesrepublik Deutschland und erfordert eine entsprechende politische Reaktion.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Drs. 17/19313

Auf ein Anwendungsverbot antisemitischer kuwaitischer Gesetze auf europäischen Flughäfen hinzuwirken

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. In Absatz 2 werden nach dem Wort „auf,“ die Wörter „zu prüfen, ob es möglich ist,“ eingefügt.
2. In Absatz 3 wird das Wort „nötigenfalls“ gestrichen und durch die Wörter „darauf hinzuwirken, im Falle derartigen Verhaltens“ ersetzt.

Berichterstatter:

Mitberichterstatter:

Georg Rosenthal

Dr. Franz Rieger

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 68. Sitzung am 5. Dezember 2017 beraten und einstimmig mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 178. Sitzung am 24. Januar 2018 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt mit

der Maßgabe, dass der Absatz 3 folgende Fassung erhält: "Ferner fordert der Landtag die Staatsregierung auf, gegenüber Kuwait Airways diese Haltung unmissverständlich zum Ausdruck zu bringen und darauf hinzuwirken, dass in derartigen Fällen diskriminierendes Geschäftsgebaren unterbunden wird."

4. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Antrag in seiner 82. Sitzung am 8. Februar 2018 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Dr. Franz Rieger
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz, Dr. Christoph Rabenstein, Florian Ritter, Horst Arnold, Franz Schindler, Alexandra Hiersemann SPD**

Drs. 17/19313, 17/20732

Auf ein Anwendungsverbot antisemitischer kuwaitischer Gesetze auf europäischen Flughäfen hinwirken

Der Landtag verurteilt den Umgang von Kuwait Airways mit israelischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern auf das Schärfste. Antisemitische oder anderweitig diskriminierende Gesetze verstößen gegen das Diskriminierungsverbot, das in Art. 3 des Grundgesetzes (GG) und in Art. 21 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GRC) eindeutig festgelegt ist. Unabhängig von ihrem nationalen Bestand dürfen derartige Gesetze auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland und darüber hinaus in der Europäischen Union keine Wirkung entfalten.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, zu prüfen, ob es möglich ist, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass schnellstmöglich entsprechende Maßnahmen ergriffen werden, um diesem Grundrecht auch im Flugverkehr Geltung zu verschaffen, notigenfalls durch Entzug von Start- und Landerechten.

Ferner fordert der Landtag die Staatsregierung auf, gegenüber Kuwait Airways diese Haltung unmissverständlich zum Ausdruck zu bringen und darauf hinzuwirken, dass in derartigen Fällen diskriminierendes Geschäftsgebaren unterbunden wird.

Die Präsidentin
I.V.

Reinhold Bocklet
I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Listennummern 3, 8 und 11, die auf Wunsch der Abgeordneten bzw. der Fraktionen im Plenum am 14. März beraten werden sollen. Die Anträge betreffen die Kennzeichnungspflicht bzw. die individuelle Kennzeichnung von Polizistinnen und Polizisten.

Über die übrigen Listennummern lasse ich nun abstimmen. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen im Haus. Gibt es Genstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Fraktionslose Abgeordnete sind zurzeit nicht im Raum. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u. a. SPD Änderung der Gemeinde- und Landkreiswahlordnung (GLKrWO)
Drs. 17/2777, 17/20570 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	☒	A	☒

2. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD Gut leben in der Stadt IV Reduzierung der Abgas- und Feinstaubbelastung durch Industrieanlagen
Drs. 17/16632, 17/20555 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	☒	A	☒

3. Antrag der Abgeordneten Claudia Stamm Kennzeichnungspflicht für bayerische Polizeibeamte
Drs. 17/18990, 17/20550 (A)

der Antrag wird in einer kommenden Plenarsitzung gesondert beraten

4. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Waldmann, Kathi Petersen u. a. SPD
Berichtsantrag zu den Auswirkungen von Isoglucose
Drs. 17/19009, 17/20708 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zu pflanzengenetischen Ressourcen in Bayern
Drs. 17/19084, 17/20571 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer u. a. CSU
Förderung von Bewässerungsprojekten
Drs. 17/19159, 17/20572 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier u. a. und Fraktion (CSU)
Keine Anwendung antisemitischer kuwaitischer Gesetze in Deutschland!
Drs. 17/19239, 17/20731 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Horst Arnold u. a. und Fraktion (SPD)
Individuelle Kennzeichnung von Polizisten in geschlossenen Verbänden
Drs. 17/19244, 17/20548 (A)

der Antrag wird in einer kommenden Plenarsitzung gesondert beraten

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bayerische Autobahndirektionen stärken
Drs. 17/19245, 17/20602 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Klares Bekenntnis gegen die Anwendung antisemitischer Gesetze
des Emirates Kuwait in Deutschland
Drs. 17/19258, 17/20730 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kennzeichnungspflicht für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Bayern
Drs. 17/19264, 17/20549 (A)

der Antrag wird in einer kommenden Plenarsitzung gesondert beraten

12. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. SPD
Soziale Säule der EU rechtsverbindlich machen
Drs. 17/19292, 17/20729 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)
Insektensterben in Bayern
Drs. 17/18712, 17/20556 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Rückgang der Insektenpopulationen
Drs. 17/18724, 17/20421 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u. a. CSU
Rückgang von heimischen Insekten und Vögeln stoppen – unverzüglicher Beginn der Ursachenforschung
Drs. 17/18859, 17/20422 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über Maßnahmen zum Eindämmen des Insektensterbens in Bayern
Drs. 17/19081, 17/20423 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Abschiebung in Krieg und Verfolgung –
Abschiebestopp nach Syrien verlängern
Drs. 17/19496, 17/20557

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären

18. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Eine Entwicklungsperspektive für die klassische Ballettausbildung in Bayern:
Nachwuchsförderung zukunftssicher gestalten –
ein Ballettinternat auch für Bayern!
Drs. 17/18590, 17/20718 (E) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kein antisemitischer Israel-Boykott nach kuwaitischem Recht in Deutschland
Drs. 17/19246, 17/20733 (E) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Inge Aures,
Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. SPD
Auf ein Anwendungsverbot antisemitischer kuwaitischer Gesetze
auf europäischen Flughäfen hinwirken
Drs. 17/19313, 17/20732 (E) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>